

„EINE ECHTE REFORM FÜR DEN ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN RUNDfunk“

*Beschlossen auf dem 30. Ordentlichen Kreisparteitag
der FDP Potsdam-Mittelmark 2023*

Eine starke Demokratie braucht unabhängigen und qualitativ hochwertigen Journalismus. Als Freie Demokraten bekennen wir uns daher im Grundsatz zur Idee des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Opulente Strukturen, zweifelhafte Programmentscheidungen und ein ausufernder Finanzbedarf führen jedoch dazu, dass immer mehr Menschen das Vertrauen in das öffentlich-rechtliche System verlieren. Die Landespolitik muss jetzt die Initiative ergreifen und eine umfassende Reform des ÖRR auf den Weg bringen. Mit weniger Sendern, geringeren Beiträgen und einem strafferen Auftrag wollen wir den Rundfunk fit für die Zukunft machen.

Öffentlich-rechtliche Sender haben nicht die Aufgabe, konkurrenzfähig gegenüber privatwirtschaftlich betriebenen Rundfunk- und Fernsehsendern zu sein. Vielmehr muss es Hauptaufgabe von öffentlich-rechtlichem Rundfunk sein, die Berichterstattung über Ereignisse und aus Regionen sicherzustellen, über die privatwirtschaftlich geführte Radio- und TV Sender nicht oder nur wenig berichten.

Effektive Kostenkontrolle

Deutschlands öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist der teuerste Rundfunk der Welt. Mit einem Etat von 8,4 Milliarden Euro kostet er mehr als seine britischen und französischen Pendanten zusammen. Wir wollen ausnahmslos alle Ausgaben auf den Prüfstand stellen.

Konkret:

- Die Verwaltungsräte der Landesrundfunkanstalten sollen mit unabhängigen Wirtschaftsprüfern besetzt werden.
- Die Gehälter im öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind am öffentlichen Dienst zu orientieren. In einer beitragsfinanzierten Organisation können diese nicht mit einer Konkurrenz zum privaten Sektor gerechtfertigt werden.

- 33 • Das gegenwärtige System der Altersversorgung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk
34 muss reformiert werden.
- 35 • Es darf dem ÖRR nicht erlaubt sein, einzelne Serien oder Spielfilme ausschließlich für
36 seine Mediatheken einzukaufen. Dies würde lediglich den Wettbewerbs-/Preisdruck
37 erhöhen.
- 38 • Die Parallelberichterstattung von Großereignissen ist künftig grundsätzlich zu
39 vermeiden.
- 40 • Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat sich nicht an Bietgefechten um sportliche
41 Großereignisse zu beteiligen, bei denen eine frei empfangsbare Berichterstattung
42 durch privat finanzierte Sendeanstalten sichergestellt ist.
- 43

44 **Schlanke Strukturen, straffer Auftrag**

45 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss sich verschlanken und effizientere Verwaltungs-,
46 Sender- und Angebotsstrukturen aufbauen.

47

48 Konkret:

- 49 • Das Nebeneinander von ARD, ZDF und Deutschlandradio wollen wir beenden, und sie
50 stattdessen miteinander fusionieren.
- 51 • Die Anzahl der Landesrundfunkanstalten ist zu senken. Dabei sind unter anderem
52 bereits seit Jahren diskutierte Fusionen zwischen NDR und Radio Bremen, sowie
53 zwischen dem SWR und dem Saarländischen Rundfunk durchzuführen. Die
54 Landesrundfunkanstalten haben künftig ausschließlich redaktionelle und die dafür
55 technisch notwendigen Dienstleistungen zu erbringen. Verwaltungsaufgaben sind
56 bundesweit zu bündeln.
- 57 • Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss sich auf seinen Marken- und Wesenskern
58 konzentrieren: Information und Bildung. Die Unterhaltung soll nicht länger Teil seines
59 Auftrags sein.
- 60 • Die Zahl der Rundfunkprogramme von derzeit 21 Fernsehsendern, 83 Radiosendern
61 und über 70 Online-Formaten des „Funk“-Netzwerks ist drastisch zu reduzieren.
- 62 • Insbesondere jene Online-Inhalte, die nicht zum Kernauftrag des ÖRR gehören
63 und/oder zugleich bereits von Privaten angeboten werden, sollen ersatzlos entfallen.

- 64 • Die öffentlich-rechtlichen Angebote sollen in einer gemeinsamen Mediathek geführt
65 werden.
- 66 • Die Rundfunkanstalten haben ausschließlich ihrem Auftrag zu folgen. Sie haben so
67 zum Beispiel künftig keine Kunstsammlungen zu führen oder zu erweitern. Sie haben
68 nicht als Veranstalter von Großereignissen wie Konzerten aufzutreten. Sie habe keine
69 eigenen Orchester zu halten.
- 70 • Die Erhebung des Rundfunkbeitrags muss sozial ausgewogen erfolgen.
71 Rundfunkbeitrags erhöhungen sind in der aktuellen Situation auszusetzen.
- 72 • Perspektivisch soll der Rundfunkbeitrag durch die vorgenannten Reformen halbiert
73 werden können.

74

75 **Ein Rundfunk für die gesamte Gesellschaft**

76 Unsere Reformvorschläge sollen eine finanzielle Entlastung der Beitragszahlerinnen und -
77 zahler zur Folge haben, durch eine größere Transparenz und einen klareren Auftrag aber auch
78 vertrauensstiftend und demokratiefördernd wirken.

79

80 Konkret:

- 81 • Eine unabhängige Studie soll jährlich Daten über politische Parteinähe und
82 Tendenzen in der Berichterstattung im öffentlich-rechtlichen System erheben und
83 veröffentlichen.
- 84 • Die Beitragszahlerinnen und -zahler sollen künftig mehr Mitsprachemöglichkeiten in
85 den Gremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erhalten.
- 86 • Die Länder müssen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk einfacher reformieren
87 können. Hierzu ist das Einstimmigkeitsprinzip zugunsten eines Mehrheitsprinzips
88 aufzugeben.

89